Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Leipzig. Naden & Komp., Nr. 20613.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden

Abonnementspreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1,50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4,50 M., unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 7,10. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7gespaltene Petitzeile mit 50 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens ½ 9 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 20. | Dresden, Sonnabend den 25. Januar 1919. | 30. Jahrg.

Der Kampf um Sachsens Zukunft!

Die staatliche Erneuerung Deutschlands ist mit den Wahlen vom 19. Januar um einen gewaltigen Schritt vorwärtsgediehen. Aber noch ist eben nur ein Schritt getan, und bis zum Ziele ist es noch weit. Für das Reich ist der Rahmen gestellt, und er beginnt bereits sich mit Leben zu erfüllen. Aber in den Teilen des Reichs, in den Einzelstaaten, liegen die Dinge noch im Dunkel. Hell steht uns nur die Aufgabe vor Augen, **all unsre Kräfte anzuspannen, um auch hier das freie Volk an die rechte Stelle zu setzen**, um die demokratische Leitung des Staats und durch sie die allgemeine Wohlfahrt, die Sicherung der Existenz, die Schaffung höherer Kultur für die arbeitende Menschheit zu sichern.

Die Festigung der Volksfreiheit, des Bestimmungsrechts der Staatsbürger, der politischen Rechtsgleichheit ist die oberste der Aufgaben. Dazu gehört, daß sich das Volk

die falschen Freunde vom Leibe hält.

Die Wahl zur Deutschen Nationalversammlung hat gezeigt, daß Sachsens Volk in seiner starken Mehrheit gegen politischen Betrug gefeit ist. Es hat den Parteien, die unter dem Deckmantel von allerhand „Volksparteien" ihr altes Sündenregister zu verbergen suchten, eine schlagende Absage erteilt. Sie muß **bei der Wahl zur Volkskammer noch viel nachdrücklicher** ausfallen. Alle die unerfahrenen Wähler, die jenen Parteien in die Netze gegangen sind, müssen ihre Augen öffnen und erkennen, daß nur in der Sozialdemokratischen Partei das Heil der Menschheit liegt.

Das Sündenregister der alten bürgerlichen Parteien ist riesengroß. Es beginnt bei der Wahlrechtsfrage, der Grundlage aller staatlichen Verhältnisse.

Wer war es,

der das Volk in Rechtlosigkeit erhielt? **Die Konservativen** mit ihrem Anhange von allerhand reaktionären Bildungen, die bei den deutschen Wahlen als „Deutschnationale Volkspartei" auftauchten, und **die Nationalliberalen**, die ihren Besitzstand in die **Deutsche Volkspartei** und die **Demokratische Partei** aufteilten.

Die Konservativen waren allezeit die erklärten Feinde der Volksrechte.

Immer waren sie voran, wo dem Volke Fesseln angelegt, wo ihm Rechte verweigert oder geraubt wurden. Die Vernichtung des gleichen Wahlrechts, die Einführung des Dreiklassenwahlrechts im Jahre 1896 kann niemals ausgelöscht werden, und die Einführung des Pluralwahlrechts im Jahre 1909 reiht sich ihm würdig an. Auch in der ganzen Zeit des Krieges lehnten sie unter den schäbigsten Vorwänden ab, dem Volke, das in Erfüllung gleicher Pflicht im Felde blutete, auch gleiches Recht zu geben. Wenn die Konservativen schließlich im Augenblicke der herannahenden Revolution sich entschlossen, für das gleiche Wahlrecht zu stimmen, so taten sie nur gezwungen, wozu sie sich freiwillig nie entschlossen hätten. Sie zeigten es als **politische Falschspieler**.

Aber **auch bei den Nationalliberalen** trat die Abneigung gegen wirklich liberale Politik im alten Landtag unverhüllt zutage. Eine ganze Reihe nationalliberaler Abgeordneter waren ausgeprägte Vertreter des **Großkapitals**. **Kein** Wunder, daß die Nationalliberalen 1896 das Dreiklassenwahlrecht mitmachten. Nur wenige von ihnen brachten das Schamgefühl noch auf, dagegen zu stimmen. Und an der Schaffung des Pluralwahlrechts, das den Besitzenden bis zu vier Stimmen gewährte, waren sie mit Eifer beteiligt. Alle Anträge der Sozialdemokraten auf Einführung des gleichen Wahlrechts lehnten sie ab. Das gleiche Wahlrecht in den Gemeinden verweigerten sie mit der Begründung, man müsse die Wähler nach ihrer „Bedeutung" abschätzen. Der Geldsack und die durch ihn erkaufte **Bildung** war für sie der Maßstab der „Bedeutung". Die demokratische Welle schwemmte dann die Elemente unter den Nationalliberalen aus, die der Forderung der staatsbürgerlichen Rechtsgleichheit nicht glaubten länger widerstehen zu dürfen. Das Wahlrecht der Frauen lehnten aber auch sie ab. Und das gleiche Wahlrecht der Männer wollten sie durch Zusatzstimmen verschandeln.

Die Erste Kammer, überkommen aus der Zeit, in der die Peitsche des Junkertums den „Pöbel" regierte, trug bis zur Revolution im November 1918 noch das ausgeprägte Gepräge der alten feudalen Stände. Und auch das liberale Bürgertum war bei allen kleinen Versuchen, sie zu „reformieren", nur von der Ehrfurcht getragen, **die Vormacht des Kapitals mit der Herrschaft der „Grafen und Herren"** zu vereinigen. Die Revolution hat sie hinweggefegt und damit die Beseitigung der Ersten Kammer, die alte Forderung der Sozialdemokratie verwirklicht.

Soll das Volk diesen „Volksparteilern" wieder die Herrschaft in die Hände spielen, damit sie sie abermals und schlimmer als zuvor gegen das Volk mißbrauchen?

In gleichem Maße wie der Kampf **gegen das eigene Volk** hat auch

die nationalistische Hetze

im alten Landtage wahre Orgien gefeiert. **Alldeutsche aus** den Konservativen und den nationalliberalen Parteilagern reichten sich in der **Vaterlandspartei** brüderlich **die Hand.** Namhafte Vertreter der nationalliberalen **Partei waren ihre** führenden Männer. Sie tragen schwere Schuld **an der Fortführung** des Krieges bis zur Ohnmacht des deutschen Volkskörpers. Und wenn das entkräftete Volk sich heute den brutalen Geboten des Siegers beugen muß, so ist es die ungeheure Schuld jener Leute, von der auch die gröbste oder raffinierteste **Verleumdung der Revolution** sie nicht reinwäscht.

Wenn heute dem Wirtschaftsleben schwerste Gefahren drohen, wenn es erstickt unter der Zerrüttung der **Verkehrsverhältnisse**, wenn das Volk noch für lange Zeit unter der **Nahrungsmittelnot** leidet, so trifft die Verantwortung jene, die vom **„Hungerfrieden"** höhnten, **weil sie** ihn nicht zu fürchten brauchten. Den **„Schmachfrieden"** danken wir denen, die nach einem **Gewaltfrieden** verlangten.

Wenn Staat und Gemeinden unter **ungeheuren** Lasten zusammenzubrechen drohen, dann infolge der gleichen Schuld.

Nur der größte Opfersinn kann dem Verhängnis abhelfen. **Wo aber finden wir ihn bei den alten bürgerlichen** Parteien, deren Steuerpolitik stets die Lasten auf die Schultern der Armen zu wälzen suchte, die auch in Sachsen **die notwendigen Steuerreformen verweigerten?** Nur die Sozialdemokratie vertritt rückhaltlos das

Steuerprogramm der sozialen Gerechtigkeit.

Nur bei ihr findet **sich auch der Wille, die Quellen zu erschließen, die der Staat braucht, um die Opfer des Krieges schadlos zu halten.**

Für die Hunderttausende, **denen der Krieg die Existenz zerschlug, für die Erwerbslosen, gleichviel welchen Standes, trat die Sozialdemokratie schon im alten Landtage ein. Die bürgerlichen Parteien die für die Monarchie, für kostspielige militärische Passionen willig** zahlten, **das** heißt **aus den** Mitteln des steuernzahlenden **Volkes, greinen und hetzen mit** giftigen Reden gegen die **Erwerbslosenfürsorge, die doch die heiligste Pflicht des Staates gegenüber den Kriegsopfern ist. Die Sozialdemokratie wird sich dadurch nicht beirren lassen.**

Sie wird **auch alles daran setzen, um den Staat zur möglichst vollkommenen Schadloshaltung der Kriegsverletzten** zu veranlassen.

In sozialistischem Geiste wird auch die Aufgabe zu lösen sein, an der der alte Staat schon lange herumgedoktert hat: die Frage der Lebens- und der Rechtsverhältnisse der Beamten, Lehrer, Staatsangestellten und Arbeiter. Für die Säuglingspflege, den Mutterschutz, für die Bekämpfung der Schwindsucht, für die Hebung der Volkskraft und die allgemeine Wohlfahrtspflege wird sich der Volkskammer ein weites Arbeitsfeld eröffnen. Nur eine Partei, die frei ist von den Interessen des kapitalistischen Klassenstaates, vermag darin Durchgreifendes zu leisten; **das ist die Sozialdemokratie.**

Eine humanere Armenpflege unter Entlastung der Gemeinden muß herbeigeführt werden.

Die **Massenarmut**, die die Ausbeutung der **Arbeit** durch **das Kapital** herbeigeführt hat, muß verschwinden. Deshalb **müssen der Sozialisierung die Wege geebnet** werden.

Die **Verstaatlichung der Bergwerke** war das Schreckgespenst der Unternehmer, als der alte Landtag die noch unerschlossenen Kohlenabbaurechte dem Staate sichern sollte. Unter dem Einflusse der Konservativen und der Nationalliberalen ist es ein **jämmerliches Flickwerk** geworden. Nur sozialistischer Geist, vom Volke auf den Thron gesetzt, wird hier Vollkommenes leisten.

Die Masse arbeitsloser Hände zeigt den ungeheuren Vorrat an Kraft, der für die **Erneuerung des Wirtschaftslebens** zu Gebote steht. **Ein Volk** das sich selbst regiert, wird wissen, wie es solchen Kraftvorrat anwendet, um neue, **geordnete Verhältnisse zu schaffen und durch die Arbeit** den Menschen Brot, Kleidung, Wohnung, Kultur und Menschenglück zu schaffen, sie der Verarmung zu entreißen, in die der Krieg sie verstrickte. Die Sozialisierung macht alle Kräfte frei und öffnet die Kanäle, in denen der Segen der Arbeit zum Volke **selber dringt**. Die Volkskammer findet darin reiche Arbeit.

Völliger und grundsätzlicher Neugestaltung bedarf das Schulwesen. „Freie Bahn dem Tüchtigen!" bleibt ein leeres Schlagwort, so lange sein Sinn nicht durch Aufhebung des Bildungsmonopols der Besitzenden, durch

Schaffung der allgemeinen Volksschule, der Einheitsschule, der Arbeitsschule,

erfüllt wird. Frei vom Druck der Orthodoxie, unabhängig von den Machtgelüsten der Kirche, soll die Schule walten als Wecker alles Edeln und Lebenskräftigen. Frei im Gewissen und im Handeln soll der Lehrer, der Erzieher, soll das Kind, soll der Mensch sein.

Freie Bahn dem ganzen Volke und allen seinen guten Kräften

ist das Ziel der Sozialdemokratie. Dieser Grundsatz, von einem freien, gerechten Volke betätigt, schließt in sich die Gewähr der unbedingten Gewissensfreiheit, auch für den, der religiöse Gesinnung in sich trägt.

In diesem Sinne wird die neue Volkskammer auch die **Trennung von Staat und Kirche** durchzuführen haben.

Gewaltig sind die Aufgaben der Republik Sachsen, ihrer Regierung und ihrer Volkskammer. **Ein größeres** Sachsen sucht nach Gestaltung. **Der kleinstaatliche Plunder** hat lange genug der Entfaltung des Volkes Steine in den Weg gewälzt. **Monarchische und dynastische Interessen** gingen über Volksinteressen hinweg. Die Revolution hat sie ausgeräumt. Sie wird ein Staatsgebilde schaffen, wie es die Zeit erfordert — ein republikanisches Staatsgebiet als Glied einer in möglichster Einheitlichkeit geschlossenen **großdeutschen Republik**, die ihren Gliedstaaten Aufgaben voll der größten Bedeutung überläßt und zuweist.

Sie kräftig zu gestalten, ihre Bürger frei und **glücklich** zu machen, wird der Kraft des sozialistischen **Wollens** gelingen. Die Volkskammer wird dabei der starke Helfer sein.

Darum auf in den Wahlkampf, zum Siege der Sozialdemokratie, zum Heile des Volkes!

Zur Berner Konferenz.

Die deutschen Delegierten zur Berner Konferenz, die Genossen Hermann Müller, Hermann Molkenbuhr und Otto Wels, haben am Donnerstag die Reise nach Bern angetreten, wo am nächsten Montag die Internationale Sozialistenkonferenz eröffnet werden soll. Allerdings ist es in hohem Grade fraglich, ob die Eröffnung rechtzeitig stattfinden können wird, da die Reise nach der Schweiz heute namentlich von der deutschen Seite her den größten technischen Schwierigkeiten unterliegt und außerdem mancherorts noch erhebliche politische Schwierigkeiten zu überwinden sind. So wußten z. B. noch am letzten Mittwoch die Belgier nicht, ob sie überhaupt kommen sollen oder nicht. Man wird unter diesen Umständen mit einer verspäteten Eröffnung der Konferenz rechnen müssen, wodurch allerdings wieder die Dispositionen der bereits eingetroffenen Delegierten arg über den Haufen geworfen werden dürften. Die deutschen Delegierten müssen zum 6. Februar wieder nach Weimar zurück sein, die Unabhängigen werden gar schon zum 3. Februar zu ihrem Parteitag in Berlin zurückerwartet. Es läßt sich denken, daß auch die Zeit der Delegierten von der andren Seite recht eng bemessen ist. Mit einer ruhigen Beratung und gründlichen gegenseitigen Aussprache wird man unter diesen Umständen kaum rechnen dürfen.

So ist auch nicht daran zu denken, daß es der Konferenz gelingen könnte, alle Meinungsverschiedenheiten zu überbrücken, von denen die internationale Arbeiterbewegung während des Krieges zerklüftet worden ist. Wir hatten einerseits die Zerreißung in nationale Lager, andrerseits die innere Zerreißung der Parteien in radikalere und gemäßigtere Richtungen.

Vor dem ist uns oft in schauerlicher Weise prophezeit worden, die nächste Internationale Sozialistenkonferenz werde zu einem Gerichtstag über uns werden. Vermutlich wird sich in Bern kein einziger Narr finden, der versuchen wird, diese Prophezeiung wahr zu machen. Wenn die deutsche Sozialdemokratie während des Krieges alles tat, um nicht zur Schuldigen des furchtbaren Zusammenbruchs zu werden, der nun doch eingetreten ist, so braucht sie sich weiß Gott vor niemand in der Welt deswegen zu entschuldigen. Die Tatsachen reden eine zu klare Sprache, und sie zeigen, welche Kinder oder welche Intriganten jene Leute im Ententelager gewesen sind, die uns während des Krieges rieten, wir sollten gemeinsame Sache mit der Entente machen, dann würde alles herrlich werden — auch für Deutschland! Die Sozialisten von der andren Seite, die solche Sirenenlieder ertönen ließen, müssen jetzt, sofern sie guten Glaubens sind, eines besseren belehrt sein. Sie müssen begreifen, daß die Partei, die bewußt etwas zur Niederlage ihres eigenen Landes beiträgt, geradezu wahnsinnig sein müßte. Die deutsche Sozialdemokratie ist so wahnsinnig nicht gewesen, sie hat gewußt, was Deutschland bevorsteht, wenn es unterliegt und hat darum alles getan, um die Niederlage von Deutschland abzuwehren. Sie deswegen noch zur Verantwortung zu ziehen, wäre eine nationalistische Unverschämtheit, deren sich hoffentlich kein Mitglied der Internationale schuldig machen wird.

Auch die deutschen Sozialdemokraten werden nicht die Ententesozialisten zur Verantwortung ziehen, weil sie während des Krieges sehr patriotisch waren und jetzt keine besonders sichtbare Arbeit für einen Frieden der internationalen Gerechtigkeit entfalten. Ein Schein gibt mehr als er hat. Soweit bei den Ententesozialisten überhaupt die Einsicht vorhanden ist, daß dem deutschen Volk Unrecht geschieht, fehlt die Kraft, etwas daran zu ändern. Kein Volk der Welt stürzt sich wegen des Unrechts, das einem andren geschieht, in die Revolution. Den Ententesozialisten fehlt also die positive Macht, ihre guten Absichten, soweit sie vorhanden sind, in die Wirklichkeit zu überführen.

Niemand wird die Berner Konferenz mit so großen Hoffnungen begrüßen, wie einst die Stockholmer Konferenz begrüßt wurde — die dann aber gar nicht zustande kam. Damals handelte es sich natürlich um einen großen Versuch, handelte es sich doch darum, den Krieg durch die ausgleichende Kraft des internationalen Sozialismus zu beenden. Dieser

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19190125/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG